

Rede 28.01.2016: Armutsbekämpfung durch Armutsprävention

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns ein bisschen umstellen, was die Uhrzeiten angeht. Aber wir schaffen das.

Es geht heute in der zweiten Beratung noch einmal um den Armuts- und Reichtumsbericht und den Entschließungsantrag, den wir dazu verabschiedet haben. Ich will doch noch einmal einen kurzen Blick zurück werfen. Wir stehen kurz vor 25 Jahren SPD-geführter Landesregierung in diesem Land. Seither verantwortet die SPD die Sozialpolitik in unserem Land mit ihren jeweiligen Sozialministerinnen oder auch -ministern.

Was hat sie in diesen Jahren getan? Sie hat sehr viel Geld ausgegeben. Der Sozialetat war immer einer der inhaltsschweren Etats, was die Euros angeht. Man hat dies auch deutlich über das hinaus getan, was man nach Gesetz verpflichtend hätte tun müssen, nämlich mit vielen Maßnahmen, Projekten und Initiativen, die man landauf und landab gefördert hat. Ich denke, das geschah alles mit dem Ziel – so wurde es uns jedenfalls immer wieder in den Haushaltsberatungen beschrieben –, den Menschen in Not in unserem Land zu helfen.

Was ist daraus geworden? Dazu sagt uns der vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht, dass die Armutsrisiken in unserem Land bei einer Reihe von Personengruppen entweder auf hohem Niveau verharren oder sogar noch gestiegen sind. Ich finde, das ist ein erschütterndes Ergebnis. Ich will deshalb zumindest die wichtigsten Fakten heute noch einmal vortragen.

Ich zitiere aus dem Bericht: „In der Differenzierung nach dem Haushaltstyp bzw. Familienstand weisen Alleinerziehendenhaushalte 2012“ – das ist das Jahr, auf das sich der Bericht bezieht – „mit Abstand die höchste Armutsrisikoquote auf.“ – In Rheinland-Pfalz sind 47,5 % dieser Haushalte von Armut bedroht. Im Bund – da sind alle wirtschaftsschwachen Ostländer dabei – waren es damals 41,9 %. Die Quote lag in Rheinland-Pfalz fast 6 Prozentpunkte höher. Ich zitiere weiter: „Die zweithöchste Quote verzeichnen Einpersonenhaushalte (Land: 26,6 %; Bund: 25,8 %), gefolgt von Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern, also quasi Großfamilien (Land: 23,5 %; Bund: 24,1 %)“. Wir liegen fast auf dem Schnitt des Bundes. „Im Vergleich der Jahre 2005 und 2012 liegt die Armutsrisikoquote im Land 2012 bei Alleinerziehenden deutlich höher als 2005, ebenso bei Alleinlebenden.“

Meine Damen und Herren, das ist ein vernichtendes Urteil über die bisherige Arbeit dieser Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Es ist ein Armutszeugnis, was in diesem Bericht noch einmal dargelegt wird. Ich habe es bei der ersten Debatte schon gesagt, eigentlich müssten bei allen Beteiligten hier im Hause, die für Arbeit, Soziales, aber durchaus auch für Bildung zuständig sind – auch dafür gibt der Bericht Hinweise –, die Alarmglocken schrillen. Was ist denn im letzten Jahr falsch gelaufen? – Da haben wir Aussagen von unseren Experten.

Wir haben über viele Jahre eine „Projektitis“ betrieben, und „Projektitis“ heißt, Projekte, Projekte, Projekte, in der Regel befristet, in der Regel nur regional in Orten, in Kommunen, vielleicht einmal in einem Landkreis, ganz wenige überregional, kein Ziel der dauerhaften Umsetzung, keine Nachhaltigkeit in diesen Projekten erkennbar, und nur ganz, ganz wenige, bei denen man dann

gesagt hat, gut, die setzen wir vielleicht um, also eine Politik, die sich in ganz kurzfristigen, kleinen Hilfsmaßnahmen erschöpft. Auch hierzu gab es Hinweise von unseren Experten. Ich habe es Ihnen eben schon gesagt.

Zu den im Bericht aufgeführten familienunterstützenden Maßnahmen der Landesregierung wird der Landesregierung mit Recht von der am Bericht beteiligten LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vorgehalten,

(Glocke des Präsidenten)

dass Projekte keine Regelfinanzierung ersetzen und eine grundlegende Veränderung der Soziallandschaft von Familien angestrebt werden muss, die an Infrastruktur und Lebenswelt ansetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe noch nicht festgestellt, dass Sie bereit sind, aus diesen erschütternden Feststellungen und mahnenden Worten tatsächlich Konsequenzen zu ziehen, beispielsweise in den letzten Haushaltsberatungen. Sie setzen weiterhin auf Projekte. Wir bekommen den Budgetbericht, und auch in diesem Budgetbericht setzten Sie vor allen Dingen auf die Teilnehmenden. Wie viele Teilnehmerzahlen da waren, umso mehr, umso besser, ob das Projekt für die Teilnehmenden mehr gebracht hat, als nur in der Zeit warm und trocken irgendwo dabei zu sein,

(Glocke des Präsidenten)

da kann ich immer noch ein Fragezeichen machen.

Bei diesem Wunsch nach Teilnehmerzahlen habe ich die Befürchtung, dass sie im Westerwald von einem Träger mehr als missverstanden worden ist.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Im weiteren Verlauf der Debatte:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Machalet und Frau Ministerin, Sie haben beide sehr deutlich gemacht, wie wichtig Ihnen diese Vermögensentwicklung ist. Damit es keinen Missklang gibt, will ich etwas vorwegschicken. Ich halte dieses Auseinanderdriften der Einkünfte für keine gute Entwicklung in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Da sind wir uns einig. Wir haben auch auf Bundesebene Beschlusslagen, um an dieser Stelle etwas zu verändern. Ich wünsche mir, dass es umgesetzt wird, wenn es zum Beispiel um die Kapitalmarkt- bzw. Transaktionssteuer geht.

Das ist mir wichtig. Wir haben richtigerweise – das sagen Sie richtig – Probleme bei den statistischen Erhebungen, wenn es um die Basis ausreichender Fallzahlen in diesem Armuts- und Reichtumsbericht geht. Diese Probleme gibt es an dem Ende Reichtum, wenn es um mehr als 300 % über dem Medianvermögen, über dem Durchschnittsvermögen von Haushalten geht.

Frau Ministerin, die erste dringliche Bitte, die Sie an uns in der ersten Debatte dieses Berichtes gerichtet haben, ging genau in diese Richtung. Sie sagten, lassen Sie uns in der Diskussion dieses 5. Armuts- und Reichtumsberichts gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir dieser Unwissenheit der Statistiken begegnen können; denn wir brauchen doch ein klares gemeinsames Verständnis davon, was wir unter Reichtum verstehen. Ich teile das. Wir brauchen ein klares Verständnis, was wir unter Reichtum verstehen. Aber Sie haben einen wichtigen Aspekt aus den Augen verloren. Das besorgt mich. Wir haben in gleicher Weise ein Fallzahlenproblem am anderen Ende der Einkommenstabelle, wenn es um die wirklich Armen, um die strengen und echten Armen geht, die weniger als 40 % des Durchschnittseinkommens haben.

Frau Ministerin, das steht auf einer Seite. Ich kann sie Ihnen gerne zeigen. Da beklagen Sie sich nicht und richten nicht die dringende Bitte an uns, dass wir dafür arbeiten, dass wir da die Statistik klar bekommen.

Ich frage mich wirklich, ob Sie die Schwerpunkte in ihrer Arbeit noch richtig setzen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Schwerpunkte müssen auf die Armutsbekämpfung gerichtet werden. Dazu sagt unser Antrag einiges. Ich wäre gerne noch auf die Beschäftigungslücke eingegangen. Frau Kollegin Machalet, das können wir gerne noch einmal bei einem Kaffee klären.

(Glocke des Präsidenten)

Ich werbe dafür, dass man dem Antrag zustimmt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)